

RUSSLAND

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHANN C. FUHRMANN

13. November 2012

www.kas.dewww.kas.de/ru-moskau

Sechs Monate nach Putins Amtsantritt

EINE ZWISCHENBILANZ

Sechs Monate sind seit dem erneuten Amtsantritt von Vladimir Putin vergangen. Die zuvor vom russischen Präsidentschaftskandidaten Putin angekündigte Öffnung des politischen Systems in Russland blieb jedoch nach dessen Wahl aus. Auch die Beziehungen zum Westen sind in den vergangenen Monaten abgekühlt. Gerade in dieser Phase sollte Deutschland den Dialog mit Russland intensivieren, um die deutsch-russische Zusammenarbeit anhand konkreter Projekte und gemeinsamer Vorhaben voranzutreiben. Nur so kann Deutschland Ansprechpartner Russlands im Modernisierungsprozess bleiben, der zu einer nachhaltigen Verständigung zwischen Russland und der Europäische Union führen könnte.

Der Kreml tut sich schwer im Umgang mit der veränderten politischen Stimmung in Russland, die sich erstmals in dem wachsenden Protest der urbanen Mittelschicht rund um die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen manifestierte. Auch die Zulassung von Gouverneurswahlen, die erstmals seit 2004 wieder durchgeführt wurden, haben keine Überraschung gebracht. In allen fünf Regionen, in denen am 14. Oktober gewählt wurde, konnten sich die Kandidaten der Regierungspartei durchsetzen, wobei Opposition und Journalisten erneut über Wahlbetrug und Vorteilsnahme klagten. Dass sich ein großer Teil der urbanen Mittelschicht, die erst in der Putin-Ära entstanden ist, gegen ihn gewendet hat, hat Putin offenbar überrascht und, nach Ansicht vieler Experten, auch persönlich getroffen. Die Chance, die Bürger durch mehr politische Teilhabe für sich zu gewinnen, haben sowohl Putin als auch die Kreml-Partei „Eini-

ges Russland“ bislang verpasst. Im Gegenteil, der russische Staat scheint seinen Einfluss auf die Gesellschaft weiter auszubauen und demokratische Spielräume einzuengen, um Kritik aus dem Inland und politische Einflussnahme aus dem Ausland zu unterbinden. Dies wird durch zahlreiche Gesetzesänderungen belegt, die in den vergangenen Wochen und Monaten beschlossen wurden. So wurde etwa der Strafbestand der Verleumdung wieder eingeführt und mit 500.000 Rubel (etwa 12.500 Euro) belegt. Ebenso wurde das Versammlungs- und Demonstrationsrecht verschärft. Im September hat die Staatsduma ein Gesetz verabschiedet, welches die Definition und das Strafmaß für Landesverrat und Spionage verschärft. Im Falle einer Verurteilung drohen nun zwölf bis zwanzig Jahre Haft.

Politisches Aufsehen erregten Behörden und Politik auch mit ihrem Vorgehen gegen Oppositionspolitiker. Am spektakulärsten ist der Fall von Leonid Raswosschajew. Er beantragte im Oktober in der Ukraine bei einer Flüchtlingsstelle der Vereinten Nationen politisches Asyl. Mehreren Medienberichten zufolge wurde er vor dem Gebäude jedoch in ein Auto gezerrt und von Sicherheitsagenten entführt und nach Russland verschleppt. In Moskau wurde er zu zwei Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Raswosschajew gestand, nach eigenen Angaben unter Folter, Massenunruhen angestiftet zu haben, um das politische System Russlands zu destabilisieren. Sein Geständnis zog er später zurück. Vor der Flucht nach Kiew hatte der regierungnahe Sender NTV eine „Dokumentation“ gezeigt, in der Beweise für eine angebliche Verschwörung des georgischen Politikers Givi Targamadze mit russi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSALND

DR. LARS PETER SCHMIDT
JOHANN C. FUHRMANN

13. November 2012

www.kas.de

www.kas.de/ru-moskau

schen Oppositionspolitikern, darunter Leonid Raswosschajew, angeführt wurden. Nach Angaben des Nachrichtensenders planten sie gemeinsam eine Revolution, mit dem Ziel Putin zu entmachten. Anlass zu Spekulationen gab auch der fragwürdige Prozess, der zum Ausschluss des kremlkritischen Oppositionspolitiker Gennadi Gudkow aus dem russischen Parlament führte. Ihm wurden Steuerhinterziehung und Geldwäsche vorgeworfen. Eine Untersuchungskommission der Duma kam zu dem Ergebnis, dass Gudkow Geschäftspraktiken nachginge, die für einen Parlamentarier unzulässig seien. Daraufhin entzog das Parlament Gudkow am 14. September per Mehrheitsentscheid sein Abgeordnetenmandat.

Seit Jahren kritisieren Europa und die USA Mängel im politischen System Russlands. Ein Erfolg dieser Politik ist nicht erkennbar. Auch die finanzielle Unterstützung russischer Oppositionspolitiker und Parteien, insbesondere durch die USA, hat bisher kaum einen positiven Einfluss auf das politische System in Russland gehabt. Nicht nur die russische Regierung, sondern auch die Opposition, scheint mit dem Ruf der Mittelschicht nach mehr politischer Teilhabe überfordert zu sein. Prowestliche und liberale Politiker spielen in der russischen Opposition, anders als noch in den Neunziger Jahren, kaum mehr eine bestimmende Rolle. Über die Forderung der Absetzung von Vladimir Putin hinaus scheint es wenige Gemeinsamkeiten innerhalb der Opposition zu geben. Auch die Wahl eines Oppositionsrates, die Ende Oktober stattfand und an der sich über 170.000 Bürger beteiligten, kann da kaum Abhilfe schaffen. Zu unterschiedlich sind die politischen Ansichten der 45 Ratsmitglieder, darunter radikale Nationalisten und Kommunisten. Ungeklärt bleibt daher auch die Funktion des Oppositionsrates: Soll er ein alternatives Parlament darstellen, oder lediglich zur Organisation von gemeinsamen Demonstrationen dienen? Soll am Ende gar ein gemeinsames Programm der Opposition stehen? Diese Fragen sind noch offen und auch dieses kann als Symbol für die momentane Überforderung der Opposition angesehen werden. Ihr fehlt eine einigende Führungspersönlichkeit, die ihr ein klares Profil verleihen könnte. Alexei Naval-

ney, der bei der Abstimmung zum Oppositionsrat die meisten Stimmen erhielt, wird hierzu kaum fähig sein. Der aktive Anti-Korruptionsblogger war Mitglied der liberalen Jabloko-Partei, wurde später jedoch aufgrund extrem rassistischer Äußerungen aus der Partei ausgeschlossen. Sein politischer Spagat zwischen liberalen und rechtsradikalen Ansichten ließe sich kaum zu einem kohärenten, mehrheitsfähigen Programm vereinen. Seine Beliebtheit belegt jedoch die zunehmende Gefahr eines politischen Populismus, der sich in dem Vielvölkerstaat oftmals gegen Migranten, insbesondere aus dem Kaukasus, richtet. Kurz- und mittelfristig scheint eine politische Veränderung nur aus dem System selbst heraus wahrscheinlich.

Auch innerhalb der Regierungspartei werden mittlerweile Stimmen laut, die die Entwicklungen der vergangenen Monate kritisieren. Das Parlament scheint jedoch zunehmend an politischer Einflussnahme zu verlieren - die Ministerien ebenfalls. Medwedew spielt politisch kaum mehr eine tragende Rolle; Treffen mit Putin scheint es nur noch sehr selten zu geben. Seit Monaten kursieren in den russischen Medien Gerüchte über eine bevorstehende Entlassung des Ministerpräsidentens. Die außenpolitischen Beziehungen zum Westen sind nach den Ereignissen rund um die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abgekühlt. Die in Europa und den USA geäußerte massive Kritik an den russischen Präsidentschaftswahlen hatte bereits vor der Vereidigung Putins zu neuen Spannungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen geführt. Insbesondere die Rolle von aus dem Ausland finanzierten russischen Nichtregierungsorganisationen wurde von Seiten des Kremls kritisiert. So hatte etwa die Wahlbeobachtungsorganisation „Golos“ (Stimme) massive finanzielle Unterstützung aus den USA erfahren, um unabhängig über die russischen Wahlen zu berichten. Schon vor der Präsidentschaftswahl hatte „Golos“ die Verhältnisse in Russland scharf kritisiert und gleichzeitig wurde die Organisation von internationalen Korrespondenten als Informationsquelle für regierungskritische Meldungen genutzt. Die Reaktion des neuen Kremlchefs ließ nicht lange auf sich warten und der Druck auf Nichtregierungsorganisationen wurde in den Mo-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSALND

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHANN C. FUHRMANN

13. November 2012

www.kas.de

www.kas.de/ru-moskau

naten nach der Amtseinführung erheblich verstärkt: Nach zwanzigjähriger Tätigkeit wurde USAID im September 2012 aus Russland ausgewiesen. Die Organisation hatte seit 1992 mit etwa 2,7 Milliarden US-Dollar Projekte, insbesondere der politischen Opposition, unterstützt. Hierzu zählte unter anderen die Organisation „Golos“. Auch in juristischer Hinsicht wurden neue Hürden für Nichtregierungsorganisationen eingeführt. Im Juli hat der russische Präsident ein Gesetz unterschrieben, nach dem vom Westen finanzierte Organisationen als "ausländische Agenten" eingestuft werden. Das Gesetz schreibt ihnen eine stärkere Finanzkontrolle vor. Die Organisationen müssen zweimal im Jahr eine Finanzabrechnung vorlegen und eine Steuerprüfung sowie eine externe Wirtschaftsprüfung vornehmen lassen. Das Gesetz richtet sich insbesondere gegen russische Nichtregierungsorganisationen, die direkte finanzielle Unterstützung erfahren, und deren Unabhängigkeit deshalb von Seiten des Kremls angezweifelt wird. Wie sich das Gesetz konkret auf die Arbeitspraxis der deutschen politischen Stiftungen auswirken wird bleibt abzuwarten. Im Zuge einer Sonderregelung haben die Leiter der deutschen politischen Stiftungen erneut Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen erhalten, um weiterhin in Russland tätig sein zu können.

In den Außenbeziehungen ist Putin auch daran gelegen die ökonomische Stärke Russlands zu betonen. Wohl vor diesem Hintergrund ist die bis zum Jahresende zu vollziehende Ausweisung des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, UNICEF, aus Russland zu werten, die am 9. Oktober bekanntgegeben wurde. Ebenfalls Anfang Oktober kündigten russische Behörden ihre Absicht an, dass im kommenden Jahr auslaufende Nunn-Lugar Programm entgegen der Bestrebungen des Pentagons nicht erneut zu verlängern. Seit 1991 waren durch das durch die USA finanzierte Projekt veraltete biologische, chemische und atomare Waffen entsorgt worden. Nach eigenen Angaben war dem US-Außenministerium von russischer Seite mitgeteilt worden, dass man zur Entsorgung keiner ausländischen Hilfe mehr bedürfe.

Als ein weiteres Indiz für die Spannungen mit dem Westen kann auch ein Bericht über Menschenrechtsverletzungen in den USA gewertet werden, den das russische Außenministerium am 22. Oktober veröffentlichte. Der sechzig Seiten umfassende Bericht ist die russische Antwort auf den Bericht zur Lage der Menschenrechte, den das US - Außenministerium jährlich veröffentlicht und der zahlreiche Länder umfasst. Die intendierte Botschaft: Aufgrund der eigenen Mängel haben die USA kein Recht, die Situation in Russland zu kritisieren. Der russische Bericht kritisiert beispielsweise die Anwendung der Todesstrafe, aber auch das amerikanische Wahlmänner-Gremium, welches dazu führe, dass bei den Präsidentschaftswahlen nicht jede Stimme der Bürger den gleichen Einfluss auf das Wahlergebnis habe.

Außenpolitisch konzentriert sich Russland stärker auf den zentralasiatischen Raum und auf eine Partnerschaft mit China. Bereits im Oktober 2011 hatte Vladimir Putin die Idee zur Gründung einer Eurasischen Union verkündet, die bis 2015 aus der Zollunion Russlands mit Kasachstan und Weißrussland hervorgehen soll. Erklärtes Ziel ist es, die Integration Russlands und zahlreicher ehemaliger Sowjetrepubliken voranzutreiben, wobei nach dem Vorbild der Europäischen Union ein freier Personen- und Güterverkehr vorgesehen ist. Tadschikistan und Kirgistan sollen der Eurasischen Union als Mitgliedstaaten folgen und auch um einen Beitritt der Ukraine ist der Kreml bemüht. Bereits am Tage seines Amtsantritts, am 7. Mai diesen Jahres, forderte Putin das Außenministerium auf bis zum Jahresende eine neue außenpolitische Strategie zu konzipieren. Die Absicht ist eindeutig: Der Kreml wendet sich vom Westen ab und setzt auf die Vertiefung einer strategischen Partnerschaft mit China. Im Rahmen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) haben Russland und China bereits mehrfach gemeinsame Militärmanöver durchgeführt. Kritiker aus den USA sehen die Shanghaier Organisation ohnehin als einen gemeinsamen Versuch Russlands und Chinas den Einfluss Amerikas in der Region zu unterbinden. Russlands Abkehr vom Westen könnte gravierende Folgen in den

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSLAND

DR. LARS PETER SCHMIDT
JOHANN C. FUHRMANN

13. November 2012

www.kas.de

www.kas.de/ru-moskau

wirtschafts- und sicherheitspolitischen Beziehungen zum Westen haben. Gerade die deutsche Wirtschaft konnte bisher von engen Kontakten zu Russland profitieren. Bereits heute sind mehr als 6000 Unternehmen mit deutscher Beteiligung in der Russischen Föderation tätig, dies sind fast 2000 mehr als noch vor der Finanzkrise. Sinnbild für die hervorragenden Handelsbeziehungen ist auch die Inbetriebnahme der zweiten Pipeline des Nord-Stream Projektes, die letzten Monat erfolgte. Mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation, der im August erfolgte, nimmt Russland eine Reihe von Regeln und Verpflichtungen an, die Fundament eines offenen und transparenten Handelssystems sind. Eine politische Wendung von Europa nach Asien könnte jedoch zu einer Erlahmung der Wirtschaftsbeziehungen führen. Auch in strategischer Hinsicht ist Russland wichtiger Partner bei der Terrorismusbekämpfung in Zentralasien. Der Aufbau eines konkurrierenden Integrationssystems unter Führung Russlands könnte die Gräben zwischen Ost und West jedoch wieder vertiefen.

Trotz aller berechtigten Kritik an Russland wäre es für eine konstruktive, zukunftsorientierte Ausrichtung der deutsch-russischen Beziehungen ratsam, in konkreten Bereichen zusammenzuarbeiten, anstatt Unterschiede in den Vordergrund des politischen Diskurses zu rücken. Der momentane politische Prozess droht in seiner Konsequenz zu einem Auseinanderdriften zwischen der Europäischen Union und den Staaten der GUS zu führen. Der Weg nach Europa war für viele Staaten Osteuropas ein schwieriger und langfristiger Prozess. Die Geschichte hat jedoch gezeigt, dass ein erfolgreicher Transformationsprozess möglich ist, wenn der politische Willen hierzu vorhanden ist. Der Acquis communautaire der Europäischen Union, der alle Mitgliedsstaaten zur Umsetzung gemeinsamer Rechtsakte verpflichtet, war ein wichtiges Instrument der Osterweiterung der Union. Er beinhaltet gemeinsame Ziele, deren Umsetzung als Voraussetzung zum EU-Beitritt gilt. Der Acquis communautaire war somit ein wichtiger Motor zur Beförderung politischer Reformen potentieller Beitrittsländer zur Europäischen Union in den 90er Jahren.

Auch mit Partnern außerhalb der Europäischen Union scheint ein solcher Annäherungsprozess erstrebenswert. Auch in der Zusammenarbeit mit Russland sollten gemeinsame Ziele für die Zukunft entwickelt werden, deren Umsetzung sowohl Russland als auch Deutschland und der EU gewinnbringend erscheinen. In diesem Zusammenhang gibt es eine Fülle von Sachthemen bei denen die partnerschaftliche Kooperation ansetzen könnte. Hierzu gehört etwa die Zusammenarbeit im Rechtsstaatsbereich, in dem sich die Adenauer-Stiftung seit mehr als zehn Jahren durch ein Dialogprogramm mit den obersten deutschen Bundesrichtern und ihren russischen Kollegen engagiert. Eine intensivere Zusammenarbeit in diesem Bereich ist deshalb besonders wichtig, da Rechtsstaatlichkeit eine Grundvoraussetzung für Demokratie, Bürgerlichkeit und eine entwickelte Zivilgesellschaft ist. Weitere Themen umfassen die Beziehungen Russlands zu den baltischen Staaten – ein Bereich in dem sich Deutschland stärker als Vermittler einbringen könnte. Die zukünftige Ausgestaltung der Visapolitik zwischen Russland und der Europäischen Union ist ein ebenfalls ein wichtiger Themenkomplex, in dem bisher nur wenige Fortschritte erzielt wurden. Die Abschaffung der Visapflicht könnte nicht nur die wirtschaftlichen, sondern durch erleichterten Tourismus auch die zwischenmenschlichen Beziehungen stärken. Auch das Projekt eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes, einer europäisch-russischen Zollunion, sollte anhand konkreter Zielvorhaben vorangebracht werden. Wenn innerhalb dieser Bereiche Erfolge spürbar zu verbesserten Beziehungen beitragen, wird hoffentlich auch der Dialog über unsere europäischen Werte, über Freiheits- und Menschenrechte, in Russland auf mehr Verständnis stoßen.